



Presseschau vom 19.03.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

deu.belta.by: **Gedenken an die Holocaust-Opfer in Belarus: „Im Krieg gab es keine Aufteilung nach Religion“**

In der Gedenkstätte Jama (Grube) in Minsk ist heute an die Verteidiger des Vaterlandes und Holocaust-Opfer erinnert worden. Die Trauerkundgebung wurde von der Leitung des Minsker Wohnbezirks Zentralny organisiert. ...

<https://deu.belta.by/society/view/gedenken-an-die-holocaust-opfer-in-belarus-im-krieg-gab-es-keine-aufteilung-nach-religion-56511-2021/>

Andrej Koz: **Gaddafis Vorhersage leider wahr: Nato, Libyen, ein Gemetzel**

Hunderte Bomben und Raketen, Tausende Todesopfer, eine absolut überlegene Kriegsmaschinerie des Westens – vor genau zehn Jahren, am 19. März 2011, haben sich die Streitkräfte mehrerer Nato-Länder in den libyschen Bürgerkrieg eingemischt. Ein Kommentar.

...

<https://snanews.de/20210319/gaddafis-vorhersage-leider-wahnato-libyen-ein-gemetzel-1363483.html>

Gert Ewen Ungar: **Merkels Pandemie – Wie Politiker das Virus instrumentalisierten**

Vor einem Jahr bat die Kanzlerin um Verständnis für einschneidende Maßnahmen. Sie versprach umsichtiges Handeln. Im Rückblick zeigt sich, das war ein leeres Versprechen. Politiker instrumentalisieren das Virus und tragen damit direkte Verantwortung für die Opfer

der Pandemie. ...

<https://kurz.rt.com/2gge>

de.rt.com: **Britischer Marineoffizier zweifelt an OPCW-Bericht zu Syrien – und wird der "Propaganda" beschuldigt**

Großbritanniens ranghöchster Marineoffizier, Admiral Lord West, äußerte in einer Erklärung der Courage Foundation Zweifel am Bericht der OPCW zum Giftgasangriff im syrischen Duma am 17. April 2018. Das britische Außenministerium bezichtigte ihn nun der "Desinformation und Propaganda". ...

<https://kurz.rt.com/2ges>

vormittags:

de.rt.com: **Biden-Interview: Putin ein "Mörder", bin Salman Teil der "Allianz"**

US-Präsident Biden positioniert sich außenpolitisch. Am Mittwoch bejahte er in einem Interview die Frage, ob Wladimir Putin ein "Mörder" sei. Am selben Tag verkündete Biden, dass er Kronprinz bin Salman nicht für den Kashoggi-Mord belangen werde. Riad sei Teil der "Allianz".

"Diplomacy is back!", lautete das zumindest offizielle Motto, unter der die Biden-Administration ans Werk zu gehen vorgegeben hatte. Kaum einen Monat im Amt, hatte Washington in einem "Vergeltungsakt" für den Tod eines philippinischen Mitarbeiters des US-Militärs und die Verwundung von fünf US-Soldaten nach einem Raketenangriff "iranischer Milizen" Raketen auf Syrien regnen lassen. Etwa 22 Menschen waren gestorben.

Am Mittwoch stimmte Biden dann in einem Interview mit dem Nachrichtensender ABC der Bezeichnung des russischen Präsidenten Wladimir Putin als "Mörder" zu.

Dass die USA laut Biden zudem eine harte Reaktion vorbereiteten, da Moskau versucht habe, zugunsten seines Gegners Donald Trump in die US-Präsidentschaftswahlen einzugreifen, versteht sich mittlerweile von selbst. In Bezug auf Putin sagte Biden:

"Er wird einen Preis zahlen."

Bereits am letzten Mittwoch wurden dann die ebenfalls nunmehr obligatorischen neuen Sanktionen gegen die Russische Föderation verkündet. Moskau habe im Fall der mutmaßlichen Nowitschok-Vergiftung des Politbloggers Alexei Nawalny "Chemiewaffen gegen Dissidenten" eingesetzt, wusste man zu berichten.

Ganz anders die Tonlage und der Einsatz für den transatlantischen Wertekanon, wenn es um "Verbündete" und "Partner" geht. Aktuellstes Beispiel: das absolutistische Königreich am Persischen Golf Saudi-Arabien.

Am 26. Februar waren es die US-Geheimdienste selbst, die keinen Zweifel mehr ließen: In einem Bericht wurde dargelegt, dass es in der Tat der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman gewesen sei, der die Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Khashoggi autorisiert hatte.

Der Mord sorgte auch aufgrund seiner Grausamkeit für weltweite Schlagzeilen, nachdem sich herausgestellt hatte, das Khashoggi nach seiner Ermordung am 2. Oktober 2018 im saudischen Konsulat in Istanbul zerstückelt worden war. Khashoggis Überreste wurden nie gefunden. Im Bericht heißt es:

"Unserer Einschätzung zufolge genehmigte Kronprinz Mohammed bin Salman einen Einsatz in Istanbul, Türkei, um den saudi-arabischen Journalisten Jamal Khashoggi zu ergreifen oder zu töten."

Wie Biden jedoch ebenfalls am Mittwoch beim US-Sender ABC verkündete, sei die Drahtzieherschaft bin Salmans alles andere als ein Grund für irgendeine Art von Reaktion der US-Administration. Riad sei Teil der "Allianz", so Biden.

"Wir haben alle Leute in dieser Organisation zur Rechenschaft gezogen – aber nicht den Kronprinzen, denn wir sind, soweit ich weiß, noch nie, wenn wir eine Allianz mit einem Land haben, zum amtierenden Staatsoberhaupt gegangen und haben diese Person bestraft und geächtet."

Dafür, erklärte Biden wiederum, habe er dem Kronprinzen "klargemacht", "dass sich die Dinge ändern werden".

Ein Wahlkampfversprechen Bidens lautete, Saudi-Arabien aufgrund des Khashoggi-Mordes und anderer menschenrechtlicher Missstände zu einem "Paria" zu machen. Das saudische Regime werden "den Preis zahlen".

Wie die New York Times berichtet, herrschte im Weißen Haus nach der Wahl jedoch recht bald Konsens darüber, dass die Kosten eines Bruchs mit bin Salman angesichts der Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien im "Kampf gegen den Terrorismus" und angesichts der "Konfrontation mit dem Iran einfach zu hoch seien". Bei Saudi-Arabien handele es sich um einen "strategischen Verbündeten".

Seit der spektakulären Ermordung Khashoggis wurden bislang lediglich Sanktionen gegen eine saudische Eliteeinheit verhängt, die in den Mord verwickelt gewesen sein soll. Keinerlei Rolle scheint in den US-Beziehungen zu Saudi-Arabien derweil der Krieg im Jemen zu spielen. Im März 2015 eskalierte die saudische Regierung den Konflikt durch eine militärische Intervention – auch mit Unterstützung aus Staaten der transatlantischen Gemeinschaft. Immer wieder wird der Krieg als größte humanitäre Katastrophe der Neuzeit beschrieben.

Im Interview am Mittwoch erklärte Biden zum Thema Jemen, er sei "die Liste der Dinge durchgegangen, die wir von den Saudis erwarten". Dazu gehöre, sowohl "den Krieg" als auch "die Hungersnot" vor Ort zu beenden. Von Sanktionen war nicht die Rede.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/60533de0b480cc3a33513a1a.jpg>

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 18. März 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snews.de: **Freudscher Versprecher? US-Präsident Joe Biden nennt seine Vize Kamala Harris erneut „Präsidentin“**

US-Präsident Joe Biden hat bei einer öffentlichen Rede Vizepräsidentin Kamala Harris als „Präsidentin“ betitelt, berichtet „Fox News“.

„Wenn Präsidentin Harris und ich (...)“, sagte der Chef des Weißen Hauses am Donnerstag über den Erfolg der Impfkampagne. Biden hatte zuvor ähnliche Bemerkungen gemacht, so der Sender.

Im September, noch vor dem Wahlsieg, hatte Harris, die die Pläne der künftigen US-Präsidentschaftsregierung für den Fall von Bidens Sieg vorstellte, selbst von der „Harris-Regierung“ gesprochen.

Für den Fall, dass der 78-jährige Biden seine Befugnisse als Präsident nach zwei oder mehr Jahren vorzeitig beendet, wird die Vizepräsidentin die Präsidentschaft übernehmen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/11/1332451_0:0:2923:1645_1440x0_80_0_0_ea2240ffb6f89098cb0892277f3f7e6b.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 18. März 3:00 Uhr bis 19. März 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 3.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Gorlowka: Mörser 82mm – einmal (20 Mörsergeschosse).

Richtung Mariupol: Mörser 82mm – einmal (8 Mörsergeschosse); Antipanzergrenatwerfer – 3 Granaten; automatische Granatwerfer – 6 Granaten, Schusswaffen – einmal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Petrowskoje, Leninskoje.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 37.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 5 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: Nordkorea bricht diplomatische Beziehungen zu Malaysia ab

Nordkorea bricht die diplomatischen Beziehungen zu Malaysia aufgrund der Auslieferung eines nordkoreanischen Bürgers an die USA ab. Dies melden internationale Nachrichtenagenturen unter Berufung auf nordkoreanische Staatsmedien.

Dem nordkoreanischen Geschäftsmann, der in Malaysia lebt, wird die Lieferung von verbotenen Luxusartikeln aus Singapur nach Pjöngjang und Geldwäscherei vorgeworfen. Das höchste Gericht in Malaysia hatte in der vergangenen Woche entschieden, dass der Mann an die USA ausgeliefert werden könne.

Nordkoreas Außenministerium teilte in seiner von den Staatsmedien verbreiteten Erklärung mit, dass es sich um „absurde Fälschung und pure Verschwörung“ handle, die von einem „prinzipiellen Gegner unseres Staates“ koordiniert worden sei.

Malysias Aktionen hätten die „Grundlage der auf Respekt vor der Souveränität beruhenden bilateralen Beziehungen“ zerstört, hieß es laut DPA weiter.

Das Ministerium verkündete „einen totalen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Malaysia, das auf US-Druck einen feindlichen Akt gegen Nordkorea verübt hat“. Zugleich drohte das Ministerium Washington damit, einen „fälligen Preis“ dafür zu zahlen. Laut Pjôngjang ist der betroffene Nordkoreaner unschuldig.

Nordkorea ist wegen seines Atomwaffenprogramms harten internationalen Sanktionen unterworfen. Die Sanktionen betreffen auch den Export von Luxusartikeln nach Nordkorea. Ein tödlicher Giftanschlag auf den Halbbruder des nordkoreanischen Machthabers Kim Jong Un, Kim Jong Nam, im Februar 2017 am Flughafen von Kuala Lumpur hatte die Beziehungen zwischen Malaysia und Nordkorea schwer belastet. Laut Südkorea und den USA sollen nordkoreanische Agenten hinter dem Mord stecken.

Kim Jong Nam, der ältere Sohn von Kim Jong-il, galt als potentieller Nachfolger des koreanischen Staatschefs. Kim Jong Nam fiel aber in Ungnade, als er im Jahr 2001 bei dem Versuch festgehalten worden war, mit gefälschten Papieren nach Japan zu reisen, um Medienberichten zufolge das Disneyland in Tokio zu besuchen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/13/1354231_0:0:3073:1728_1440x0_80_0_0_a75152944_cbb1be374bbb827771ce77a.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 19. März um 9:00 Uhr 3443 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 2856 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 302 Todesfälle.

snanews.de: **Treffen von Top-Diplomaten aus China und den USA von Streitigkeiten überschattet**

China und die USA haben sich beim jüngsten Treffen gegenseitig schwere Vorwürfe gemacht. US-Diplomaten warfen chinesischen Kollegen ein „Spiel für das Publikum“ vor. Laut chinesischen Diplomaten hat die US-Seite in der Eröffnungsrede Peking „unangemessen angegriffen“, was weder von Gastfreundschaft zeuge noch der diplomatischen Etikette entspreche.

Das Treffen in Anchorage, der Hauptstadt Alaskas, begann am Donnerstag und war die erste ranghohe Begegnung der neuen US-Regierung und Chinas Führung. Daran nahmen der neue US-Außenminister Antony Blinken und Yang Jiechi, der höchste Außenpolitiker der Kommunistischen Partei, sowie der im chinesischen Machtapparat untergeordnete Außenminister Wang Yi und Bidens Nationaler Sicherheitsberater Jake Sullivan teil.

Die US-Regierung hatte nach eigenen Angaben darauf bestanden, dass das Treffen auf amerikanischem Boden stattfinden sollte. Die Diplomaten sollten die Grundlage für neue Beziehungen zwischen beiden Ländern legen, die momentan von zahlreichen Konflikten überschattet werden.

Blinken sagte in seiner Eröffnungsrede: „Das Verhältnis der USA zu China wird konkurrierend sein, wenn nötig, zusammenarbeitend, wenn möglich, und feindselig, wenn es sein muss“.

Die Handlungen Chinas bedrohten die globale Stabilität, warnte er. China konterte und verbat sich jegliche Einmischung in innere Angelegenheiten. Es sei wichtig, „unsere Angelegenheiten gut zu führen, anstatt die Schuld auf jemand anders in der Welt zu schieben“, zitiert die Deutsche Presse-Agentur Yang. „Es ist eine Tatsache, dass es mit Blick auf die Menschenrechte viele Probleme in den Vereinigten Staaten gibt“, sagte er weiter und erwähnte die „Black Lives Matter“-Proteste des vergangenen Jahres gegen Rassismus und Polizeigewalt.

Blinken wiederum erklärte, die USA seien besorgt angesichts der Menschenrechtslage in der Metropole Hongkong und in der Provinz Xinjiang, wo die ethnische Minderheit der Uiguren lebt. Zudem warf er China vor, für Cyber-Angriffe verantwortlich zu sein und US-Verbündete mit wirtschaftlichem Druck zu erpressen. Zudem kritisierte er Pekings Haltung in Bezug auf Taiwan, das es als Teil Chinas beansprucht.

Wie ein Vertreter der chinesischen Delegation sagte, kamen die Diplomaten aus China mit „aufrichtigen Absichten“ nach Anchorage, um einen strategischen Dialog mit den USA zu führen.

„Doch die US-Seite überschritt während der Eröffnungsrede das Zeitlimit mit unbegründeten Angriffen und Anschuldigungen gegen Chinas Außen- und Innenpolitik, was zu einem Konflikt führte. Dies ist nicht die Ethik der Behandlung von Gästen, das entspricht auch nicht dem diplomatischen Protokoll. Die chinesische Seite hat scharf darauf reagiert“, zitiert Chinas Staatssender CCTV seine Worte.

Ein Vertreter der US-Administration sagte laut der Zeitung „Politico“: „Die chinesische Delegation scheint ihrerseits mit der Absicht gekommen zu sein, für das Publikum zu arbeiten und sich eher auf öffentliche theatralische und dramatische Gesten als auf das Wesentliche zu konzentrieren.“ Er warf den chinesischen Diplomaten auch einen Verstoß gegen das Protokoll vor. Man habe sich zu Beginn auf kurze, zweiminütige Erklärungen jedes hochrangigen Beamten geeinigt.

Nach den Eröffnungsreden tagten beide Seiten hinter verschlossenen Türen bis zum Abend weiter. Die Gespräche sollen am Freitag weitergehen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/13/1354469_0:0:3073:1728_1440x0_80_0_0_b3a662ee275621be9d35e85e7aa41da0.jpg

Mzdnr.ru: Am 18. März wurden in der DVR 518 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 164 positiv. Bei 41 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 19. März um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 27.597 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5858 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 20.576 als gesund entlassen, es gibt 2163 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 73 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 8 Fälle weniger als in den vorangegangenen 24 Stunden. Davon wurden 58 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 917 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 470 mit Sauerstoffunterstützung (+21 in den letzten 24 Stunden).

Außerdem wurden im Ergebnis von 588 Express-Tests 135 Patienten entdeckt, die zuvor eine Coronavirusinfektion durchgemacht hatten.

snanews.de: **Forscher aus Greifswald wollen Ursache für Thrombosen bei Astrazeneca-Impfung gefunden haben**

Forscher an der Unimedizin Greifswald haben möglicherweise die Ursache für Hirnthrombosen festgestellt, die nach einer Astrazeneca-Impfung entstehen können. Darüber berichtet der NDR am Freitag.

Anhand von sechs Blutproben von Thrombosepatienten, die das Paul-Ehrlich-Institut zur Verfügung gestellt hatte, fanden die Forscher heraus, dass das Vakzin die Thrombozyten aktiviert, die normalerweise nur bei einer Wundheilung zur Blutgerinnung aktiv werden. Bei einigen Patienten löse dies einen Mechanismus aus, der zu Hirnthrombosen führen könne. Dieser Fund ermögliche nun, eine präzise Arznei zur Behandlung dieser Nebenwirkung zu entwickeln. Diese könne aber erst nach der Bildung eines Blutgerinnsels verabreicht werden. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen im Fachjournal „The Lancet“ veröffentlicht werden. Deutschland und andere EU-Länder hatten die Nutzung des Corona-Impfstoffs von Astrazeneca vorerst gestoppt. Hintergrund waren Meldungen zu Blutgerinnseln in Hirnvenen in zeitlichem Zusammenhang zu Impfungen. Durch das Aussetzen der Impfungen waren in den Ländern die Impfkampagnen in Verzug geraten.

Zuvor hatte die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) die Sicherheit des Impfstoffs bekräftigt, aber die Hinzufügung einer extra Warnung vor möglichen seltenen Fällen von Hirnthrombosen empfohlen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/12/1348456_0:203:2300:1497_1440x0_80_0_0_f84fa6a8d71a3b4fc166aebaa448af05.jpg

Dan-news.info: Einwohner der DVR haben in Donezk mit einer Schweigeminute und dem

Niederlegen von Blumen am der Gedenktafel das Andenken der Arbeiter der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft geehrt, die an ihrem Arbeitsplatz umkamen.

An der Veranstaltung nahmen Vertreter des Bauministeriums, der Stadtverwaltung von Donezk, von kommunalen Unternehmen und der Gewerkschaft teil.

In der Zeit der militärischen Aggression der Ukraine starben 14 Arbeiter aus dem kommunalen Bereich der Republik, weitere 16 wurden verletzt. Im Gedenken an die heldenhaften kommunalen Arbeiter wurde in Donezk am Gebäude der ehemaligen Oblastverwaltung für Wohnungs- und Kommunalwirtschaft eine Gedenktafel angebracht.

nachmittags:

snanews.de: Von der Leyen will Lieferengpässe mit „Astra-Zeneca“ klären – Bei „Sputnik V“ Klärungsbedarf

Die Europäische Kommission habe einen Brief an den Pharmakonzern „Astra-Zeneca“ wegen Lieferschwierigkeiten beim Corona-Impfstoff gesendet. Einzelheiten teilte die Kommissionschefin von der Leyen der italienischen Zeitung „La Repubblica“ mit.

„Wir wollen ein strukturiertes Vorgehen zur Lösung der Kontroversen in Gang setzen“, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gegenüber der italienischen Zeitung „La Repubblica“ am Freitag. Es gebe einige offene Punkte bei den Verträgen und der beste Weg, sie zu klären, sei „dieser“. Das Schreiben wurde laut Kommission schon am Donnerstag verschickt.

Zudem ist mit Blick auf einen möglichen Vertrag für den russischen Impfstoff „Sputnik V“ das Thema Lieferungen wichtig. Die Daten des russischen Vakzins würden derzeit bewertet. Eine formale Zulassung sei aber noch nicht beantragt worden, so von der Leyen.

„Der zweite grundlegende Punkt ist – und das sehen wir bei ‚Astra-Zeneca‘ –, dass ein Unternehmen in der Lage sein muss, die Lieferungen einzuhalten“

Im Moment habe man noch keinen Nachweis für die Produktionskapazität für „Sputnik V“ gesehen. Die Europäische Arzneimittelbehörde (Ema) müsse vor der Genehmigung auch die Produktionsstätten und deren Qualität prüfen, erklärte von der Leyen.

Die Kommissionspräsidentin hält außerdem weiterhin an dem Ziel fest, bis zum Sommer 70 Prozent der Erwachsenen in der Europäischen Union (EU) impfen zu wollen. Sie sei äußerst zuversichtlich, dieses Ziel auch zu erreichen. Man werde am Ende verstehen, dass es der richtige Schritt sei, als EU zusammen zu stehen, so die 62-Jährige.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/13/1358884_0:58:2863:1668_1440x0_80_0_0_8fff8a8abd829dd71bacb0275033e34f.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 13. bis 19. März 2021**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner in Verletzung des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Einhaltung des Waffenstillstands Feuerprovokationen begangen. In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer des 109. Bataillons der 10. Brigade mit 82mm-Mörsern die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka beschossen und 20 Mörsergeschosse abgefeuert.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 2. Bataillons der 53. Brigade der BFU **Petrowskoje** mit automatischen Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer des 1. Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade, die vom Kriegsverbrecher Gnatow angeführt werden, **Leninskoje** mit 82mm-Mörsern und Antipanzergranatwerfern beschossen und acht Mörsergeschosse und drei Granaten abgefeuert. Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

In der letzten Woche haben die Kriegsverbrecher der ukrainischen Streitkräfte **insgesamt 46-mal den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueereinstellung verletzt**. In Verletzung des zweitens Punkts der Zusatzmaßnahmen hat der Gegner **45 Feuerprovokationen** unter Einsatz von 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, verschiedener Arten von Granatwerfern und Schusswaffen durchgeführt.

Unter Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich neunzehn Ortschaften der Republik: **Luganskoje, Jelenowka, Staromichajlowka, Sajzewo, Nowolaspa, die Siedlungen des Gagarin-Bergwerks und des Bergwerks 6-7 in Gorlowka, das Gebiet des Volvo-Zentrums in Donezk, Alexandrowka, Petrowskoje, Kominternowo, Leninskoje, Shabunki, Sachanka, Sosnowskoje, Saitschenko, Ukrainskoje, Jakowlewka und Nabereshnoje.**

In Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen wurde die **Durchführung technischer Arbeiten** auf den Positionen eines mechanisierten Bataillons der 1. Panzerbrigade im Verantwortungsbereich der 28. Brigade im Gebiet von Taramtschuk festgestellt.

Der Gegner setzt weiter aktiv Drohnen zur Feuerleitung und zum Beschuss des Territoriums der Republik ein. So betrieben die ukrainischen Kämpfer während einer Beschießung von Luganskoje die Feuerleitung von 120mm-Mörsern mit Hilfe einer Drohne „Mavic-2“, die durch koordinierte Handlungen der Luftabwehreinheiten der Volksmiliz der DVR vernichtet wurde. Es wurde ein Versuch des Fluges einer Drohne der ukrainischen Streitkräfte mit einer an ihr befestigten Sprengvorrichtung von den Positionen eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade in Wodjanoje aus in Richtung Leninskoje bemerkt. Die ukrainischen Kämpfer hatten die Absicht, die Sprengvorrichtung auf unsere Positionen abzuwerfen, aber durch sachkundige Handlungen einer Mannschaft einer Station der elektronischen Kriegsführung „Terrikon M2N“ wurden die Leitungs- und Navigationskanäle der Drohne gestört, dadurch wurde die Sprengvorrichtung weit von unseren Positionen abgeworfen.

In der letzten Woche wurden 137 Stück Waffen und Militärtechnik der Einheiten der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ entdeckt, die 20 Ortschaften stationiert sind, was eine Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen ist.

Aus dem Bestand der 10. Gebirgssturmgruppe:

ein Schützenpanzer in Nowgorodskoje;

zwei Abwehrgeschütze „Osa“ und ein T-72-Panzer in der Nähe von Suchaja Balka;

ein Abwehrgeschütz „Osa“ in einem Wohngebiet am östlichen Rand von Oserjanowka;

vier T-72-Panzer zwischen Wohnhäusern in der Miroshnitschenko-Straße in

Konstantinowka.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzerwagen in der Gagarin-Straße, drei gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge und ein Abwehrgeschütz „Strela-20“ am westlichen Rand, drei Schützenpanzer und drei Panzerfahrzeuge am südöstlichen Rand von Krasnogorowka;

ein Schützenpanzerwagen am nordwestlichen Rand von Marjinka;

ein Abwehrgeschütz SU-23 in einem Wohngebiet von Newelskoje.

Aus dem Bestand der 58. Panzergrenadierbrigade:

20 T-72-Panzer in einem Wohngebiet von Krasnoarmejsk.

Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzer in der Nähe von Bogdanowka;

ein Abwehrgeschütz „Osa“ auf einer Straße bei Wolnowacha;

ein Schützenpanzer in der Woropajew-Straße am nordöstlichen Rand von Granitnoje;

ein Schützenpanzer in Nowosjelowka Wtoraja.

Aus dem Bestand der 72. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzer am südlichen Rand von Kamenka;

ein Schützenpanzerwagen in der Schkolnaja-Straße in der Nähe eines Wirtschaftsgebäudes in Nowobachmutowka.

Aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade:

zwei Schützenpanzer in Schirokino;

ein Schützenpanzerwagen am östlichen Rand von Pischtschewik;

ein Schützenpanzerwagen in der Timirjasew-Straße am nordöstlichen Rand von Winogradnoje.

Außerdem stellen wir schwere Waffen an Eisenbahnstationen fest:

in Artjomowka zwei Abwehrgeschütze „Strela-10“ und 26 T-64-Panzer;

in Slawjansk zehn Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“;

in Satschtowka 17 152mm-Artillerieschütze „Akazija“ und 30 T-64-Panzer.

Die ukrainische Seite behindert weiter die Arbeit der internationalen Beobachter, indem sie die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission behindert. Wir stellen weiter einen aktiven Einsatz von Mitteln der elektronischen Kriegsführung des Gegners im Gebiet der Eisenbahnstationen Artjomowsk, Satschatowka und Slawjansk fest. Die Einwohner dieser Ortschaften erfahren wegen des Einsatzes von Mitteln der elektronischen Kriegsführung der BFU ständige Unterbrechungen beim Mobilfunk und Fernsehen. Oft müssen sie einige Kilometer wegfahren, um ihre Verwandten und Freunde anzurufen.

Es wurde außerdem festgestellt, dass, um die Entdeckung von verbotenen Waffen der 10., 28., 36., 53., 58. und 72. Brigade der BFU zu verhindern, Stationen „Bukowel-AD“ zur Funkblockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen aus dem Bestand von mobilen Gruppen des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung und einer Kompanie für elektronische Kriegsführung der 36. Brigade in den Gebieten von 18 Ortschaften eingesetzt wurden: Peski, Nowotroizkoje, Luganskoje, Marjinka, Shelesnoje, Fjodorowka, Awdejewka, Stepanowka, Bogdanowka, Baranowka, Perwomajskoje, Tschermalyk, Schirokino, Granitnoje, Krasnogorowka, Petrowka, Lomakino und Saitschenko.

Außerdem bemerkt unsere Aufklärung weitere Fälle von **Verminung durch die ukrainische Seite**, was direkt das Leben und die Gesundheit von Einwohnern bedroht sowie die Arbeit der OSZE-Mission behindert, im Einzelnen:

im Norden von Wodjanoje haben Kämpfer der 36. Brigade 502 Antipanzerminen TM-62 installiert;

Kämpfer der 28. Brigade haben 29 Antipanzerminen TM-62 quer über eine Straße in

Marjinka, zehn Antipanzerminen in der Nähe von Newelskoje und 20 Antipanzerminen TM-62 quer über die Straße an der Ausfahrt von Krasnogorowka installiert;

an der Ausfahrt aus Peski haben Kämpfer der 58. Brigade 52 Antipanzerminen TM-62 auf

einer allgemeinen Straßen quer über beide Fahrbahnen installiert; in unmittelbarer Nähe des Trennungsabschnitts „Petrowskoje“ auf der nördlichen Seite der Straße in der Nähe von Bogdanowka haben Kämpfer der 53. Panzergrenadierbrigade zehn Antipanzermine TM-62 installiert.

Diese Informationen werden auch von den Berichten der OSZE-Mission bestätigt. Außerdem bestätigen Mitarbeiter der OSZE im Bericht vom 18. März 2021 die Angaben unserer Aufklärung über die **Durchführung von technischen Arbeiten zur Ausrüstung von Positionen** durch Kämpfer der BFU.

So wurden Positionen der ukrainischen Kämpfer im Gebiet von Peski um 350 Meter vergrößert, im Gebiet von Wesjoloje um 55 Meter und im Gebiet von Opytnoje um 80 Meter. Ein weiteres Mal wenden wir uns an die Vertreter der internationalen Organisationen mit der Bitte, auf die militärisch-politische Führung der Ukraine einzuwirken, um die schweren Waffen an die Abzugsorte zurückzubringen und die Stationierung dieser Technik in der Nähe der Abgrenzungslinie sowie Fälle von Verminung der Umgebung von Ortschaften, was das Leben der friedlichen Bevölkerung bedroht, zu verhindern.

In der letzten Woche wurde eine große Zahl von Kommissionen verschiedener Ebenen bemerkt, was mit den ernststen Defiziten bei der Organisation der alltäglichen und militärischen Arbeit der Einheiten der OOS zusammenhängt.

In der 28. mechanisierten Brigade ist eine Kommission des Stabs der OOS im Zusammenhang mit dem großen Verbrauch von Munition bei der Ausführung von Feueraufgaben, insbesondere für Schützenpanzer, eingetroffen. Die Mitglieder der Kommission stellten fest, dass die Effektivität der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte „gleich Null“ ist, Verluste unter den Soldaten der Volksmiliz gibt es keine, Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur viele und die erwiderten Handlungen von Seiten der Volksmiliz führten zum Verlust eines Schützenpanzers und zum Tod von Personal.

In der 36. Marineinfanteriebrigade ist eine Kommission des Kommandos der Marinestreitkräfte der Ukraine mit 15 Personen eingetroffen, während der Arbeit gab es eine deutliche Zunahme der Zahl und Intensität der Beschießungen des Territoriums der Republik in Richtung Mariupol trotz der zu diesem Zeitpunkt stattfindenden Sitzung der Kontaktgruppe zur Regelung des Konflikts im Donbass. Im Zusammenhang damit kann man mit Überzeugung sagen, dass das oberste Kommando der Marinestreitkräfte der Ukraine von den unterstellten Marineinfanterieeinheiten gefordert hat, den brüchigen Waffenstillstand zu sabotieren.

Außerdem wird in den nächsten Tagen die Ankunft einer speziellen Kommission der Führung der OOS, der Bodentruppen und der Luftsturmtruppen in den Einheiten der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ mit 12 Personen erwartet. Unter Berücksichtigung der Anwesenheit von Journalisten der ukrainischen Fernsehsender „1+1“, „5. Kanal“, „STB“ und „ICTV“ in der OOS-Zone schließen wir eine weitere Verschärfung der Lage an der Kontaktlinie nicht aus.

Nach Angaben unserer Quelle wurde die in Richtung Gorlowka zur Ablösung der 35. Marineinfanteriebrigade eingetroffene 10. Gebirgsschirmbrigade außerplanmäßig mit Personal ausgestattet. Nach uns vorliegenden Informationen sind etwa 20 Prozent der aus den Militärkommissariaten für die zusätzliche Ausstattung der Brigade zugewiesenen Vertragssoldaten, unter den Einfluss einer Agitationskampagne der ukrainischen Führung geraten und haben kürzlich kurzfristige Verträge unterzeichnet, wonach sie sofort in die OOS-Zone geschickt wurden. Dabei muss angemerkt werden, dass die Rekruten in keiner Weise überprüft worden sind.

Sie wurden nicht vollwertig psychologisch untersucht und die Hauptsache – kein einziger der Vertragssoldaten durchlief einen PCR-Test auf COVID-19. Infolge der verbrecherischen Nachlässigkeit des ukrainischen Kommandos wurde eine 10. Brigade in die OOS-Zone entsandt, in deren Reihen sich eine Menge infizierter Soldaten befindet.

Insgesamt wurden in der ersten Woche des Aufenthalts in der Zone der Kampfhandlungen in der 10. Brigade mehr als 70 Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt. Angesichts dessen, dass das Brigadekommando keinerlei prophylaktischen Maßnahmen durchführt und die Impfung der Soldaten gescheitert ist, prognostizieren wir für die nächste Zeit in dieser Brigade und in anderen Verbänden der ukrainischen bewaffneten Formationen einen weiteren Ausbruch von Coronaviruserkrankungen.

Die Zahl der nicht kampfbedingten Verluste in den ukrainischen Streitkräfte wächst mit jedem Tag weiter und die Umstände des Todes von Kämpfern der ukrainischen Streitkräfte werden sorgfältig vor deren Verwandten verheimlicht.

Nach uns vorliegenden Informationen betrogen die nicht kampfbedingten Verluste in den Verbänden und Truppenteilen der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ im Zeitraum vom 12. bis 18. März neun Mann, davon drei Tote.

Am 12. März starb infolge nicht rechtzeitiger Hilfe wegen einer verzögerten Bergung von den Positionen aufgrund eines Defekts des Sanitätsfahrzeugs der Mechaniker/Fahrer eines Schützenpanzers der 28. mechanisierten Brigade.

Am 12. März erlitt der Soldat Pekur aus der 54. Brigade infolge von unvorsichtigem Umgang mit der Waffe eine tödliche Schussverletzung.

Am 12. März wurde der Soldat Protas nach einem Konflikt mit einem Kameraden mit einer Gehirnerschütterung und einem Kieferbruch in den Sanitätspunkt eingeliefert.

Am 12. März erlitt der Soldat Buchtijarow aus der 82. Luftlandebrigade beim Schießen wegen des Fehlens der notwendigen Kontrolle von Seiten des Kommandos und wegen Verletzungen der Sicherheitsbestimmungen eine tödliche Verletzung.

Am 13. März wurde der Matrose Jarmolenko aus dem 503. Marineinfanteriebataillon der 36. Marineinfanteriebrigade mit einer Vergiftung mit Alkoholsurrogat in ein Krankenhaus in Mariupol eingeliefert.

Am 13. März wurde der Fähnrich Baranzow aus der 72. mechanisierten Brigade, der betrunken ein Fahrzeug gefahren und einen Verkehrsunfall provoziert hatte, mit unterschiedlich schweren Knochenbrüchen in ein Krankenhaus von Krasnoarmejsk eingeliefert.

Am 14. März erlitten der Oberfeldwebel Dowbusch und der Matrose Welissewitsch aus der 36. Brigade infolge der Detonation einer selbstgebauten Sprengeinrichtung während deren Befestigung an einer Drohne zahlreiche Splitterverletzungen.

Am 15. März wurde der Soldat Fjodorow wegen seiner Weigerung, einen Befehl zum Beschuss von Positionen der Volksmiliz auszuführen, vom Bataillonskommandeur Lysjuk geschlagen, er wurde mit Abschürfungen und dem Verdacht auf Gehirnerschütterung in den Sanitätspunkt der Brigade eingeliefert.

Am 15. März besuchte das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin einen Truppenübungsplatz in der frontnahen Stadt Gorlowka, wo er Übungen von Panzermansschaften und Panzergrenadiereinheiten zur Lenkung und zur Schießausbildung sowie zur Taktik inspizierte.

Zum Abschluss der Schießübungen und taktischen Manöver unterstrich das Republikoberhaupt das hohe Niveau der professionellen Ausbildung des Personals und der Kommandeure sowie die Fähigkeit der Volksmiliz der DVR zur Erfüllung von angesetzten Aufgaben.

Zum Abschluss der Übungen übergab das Republikoberhaupt der Volksmiliz eine Partie von Geländefahrzeugen UAS „Patriot Pickup“, die es erlauben werden, die Mobilität und die Kampfmöglichkeiten der Einheiten zu verbessern.

Gleichzeitig geht in den Einheiten der Volksmiliz die planmäßige Impfung des Personals gegen die Coronavirusinfektion weiter.

Nach dem Tod von John Magufuli, dem Präsidenten der Vereinigten Republik Tansania, übernimmt nun die ehemalige Vizepräsidentin Samia Suluhu Hassan das Amt. Sie wird somit zur ersten Staatspräsidentin des ostafrikanischen Landes vereidigt. Hassan bleibt vorläufig bis zur nächsten Wahl 2025 im Amt.

Samia Suluhu Hassan wird laut Medien als erste Staatspräsidentin der ostafrikanischen Republik Tansania vereidigt. Dies stellt einen Wendepunkt für den Staat Tansania dar: Zum ersten Mal steht eine Frau als Staatsoberhaupt der Republik an der Spitze. Bei der Vereidigung waren auch ehemalige Präsidenten anwesend, wie Ali Hassan Mwinyi, Jakaya Kikwete und Abied Karume.

Hassan war bis zum Tod des Präsidenten John Magufuli die Vizepräsidentin. Dieser starb laut Hassan vergangene Woche an Herzleiden, an dem er jahrelang gelitten hatte. Die Opposition jedoch gehe davon aus, dass Magufuli aufgrund einer Erkrankung an Covid-19 gestorben sei, schreibt die „Zeit“.

Hassan bleibt nun bis zu den nächsten Wahlen im Jahr 2025 im Amt. Sie stammt aus Sansibar und befand sich bis 2015 im Amt der Vizepräsidentin. Auch davor war sie politisch aktiv im Parlament beteiligt sowie auch Ministerin der halbautonomen Region Sansibar.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/13/1359648_0:0:3004:1691_1440x0_80_0_0_6971dcb884545f7c2d7a9fdd208c3520.jpg

mil-lnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja.A. Osadtschij über die Lage an der Kontaktlinie vom 13. bis 19. März 2021.**

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie sowie über die Ergebnisse der Tätigkeit der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

Nach Angaben von Beobachtern der Vertreter der LVR Im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden keine Verletzungen der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

Insgesamt haben die BFU **in der letzten Woche 7-mal das Regime der Feueinstellung in Richtung Popasnaja, Debalzewo und Slawjanoserbsk verletzt**, wobei die Ortschaften **Molodjoshnoje, Swetlodarsk, Losowoje, Nishneje Losowoje und Wojtschenko** mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen wurden. ...

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen **konzentriert der Gegner weiter Waffen und Technik in der Zone der Strafoperation**, um provokative Aktivitäten durchzuführen. Zur Stationierung nutzen die Besatzer Objekte der zivilen Infrastruktur und gefährden so das Leben der Einwohner. ...

In der letzten Woche hat unsere Aufklärung die Stationierung von **66 Stück Technik in Wohngebieten von neun Ortschaften** festgestellt.

Außerdem haben Kämpfer der 92. Brigade weiter ihre **Minensperren verstärkt**.

Wir rufen die Einwohner der von der Ukraine besetzten Territorien des Donbass ein weiteres Mal auf, die Stationierung von Waffen und Militärtechnik in der Nähe ihrer Häuser und von Objekten der zivilen Infrastruktur nicht zuzulassen und alle Fälle den Beobachtern der OSZE-Mission mitzuteilen. Denken Sie daran, dass die ukrainischen Kämpfer Ihre Häuser für Terrorakte nutzen, indem sie sich in ihnen bei Beschüssen von Ortschaften der Republik festsetzen. ...

In der letzten Woche betrug die nicht kampfbedingten Verluste in den Verbänden und Truppenteilen der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ neun Mann, davon zwei Tote. ...

snews.de: **Fragen an die Bundesregierung: Ist Putin ein Mörder aus deutscher Sicht?**

Während der Regierungspressekonferenz am Freitag stellte ein Journalist dem Regierungssprecher Steffen Seibert die Frage, ob dieser Putin ebenfalls als einen „Mörder“ ansehe. Hintergrund der Frage ist eine entsprechende Interview-Aussage von US-Präsident Joe Biden. Eine unmissverständliche Antwort konnte Seibert jedoch nicht liefern.

Während der Regierungspressekonferenz vom Freitag fragte ein anwesender Journalist, ob die deutsche Regierung, vertreten durch Steffen Seibert, den Äußerungen von Joe Biden, zustimme. Joe Biden habe in einem Interview den russischen Präsidenten Wladimir Putin als einen „Mörder“ benannt. Unmissverständlich antworten konnte der deutsche Regierungssprecher jedoch nicht, sondern sagte:

„Präsident Putin ist der Präsident eines Landes, mit dem wir zahlreiche Meinungsverschiedenheiten haben.“

Anschließend folgte eine Aufzählung von Fällen, welche in den Augen der Bundesregierung als problematisch angesehen werden. So fielen auch Namen wie Skripal oder Nawalny. Der Tiergartenmord und „Einschränkungen der Menschenrechte“ in Russland wurden ebenfalls als Beispiele aufgeführt. Dies in Kombination mit den Kooperationen zwischen Deutschland und Russland führe weiterhin zu einem „belastenden Nebeneinander“ der Länder.

Abgesehen von den einzelnen Aufzählungen zu früheren Fällen von Mordversuchen, die mutmaßlich auf russische Täter zurückzuführen sind, weigerte sich der Pressesprecher nähere Auskunft zu geben. Ob er oder Kanzlerin Angela Merkel dem Narrativ von Biden zustimmen oder die Nutzung von Wörtern wie „Mördern“ als diplomatische Ausdrucksweise produktiv finden, konnte oder wollte Seibert nicht klarstellen.



https://cdn.snews.de/img/07e5/03/13/1360096_113:292:3235:2048_1440x0_80_0_0_9c47f8fed014b8f5a4d31c5ad8d9cf81.jpg

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Erklärung des Vertreters der DVR in der Untergruppe zur Sicherheit Alexej Nikonorow bezüglich der Initiative der ukrainischen Seite zur Einberufung einer außerplanmäßigen Konferenz der

Arbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit

In Vorwegnahme der öffentlichen Aufregung der ukrainischen Seite im Kontext der demonstrativen „Initiativen“ und der Demonstration einer eifrigen Aktivität – der Forderung, eine außerplanmäßige Sitzung der Arbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit zur „Erörterung der wachsenden Zahl der Verstöße“ einzuberufen – bringen wir heute, am 19. März, einige Tatsachen vor.

Es sind schon sechs Monate vergangen, seit die Republiken im Zusammenhang mit der Weigerung der Ukraine, wegen seiner angeblich nicht ausreichend genauen Formulierung im Rahmen des Koordinationsmechanismus zu arbeiten, einen vollständig den vorhandenen Vereinbarungen entsprechenden Entwurf für Maßnahmen vorgelegt haben, der die Vorschläge beider Seiten berücksichtigt und in dem unter anderem die Modalitäten der Zusammenarbeit auf Ebene des GZKK in der derzeitigen Zusammensetzung genauer dargelegt werden und alle nicht berücksichtigten Momente ergänzt werden, die in der Praxis aufgetaucht sind. Ich will die Aufmerksamkeit darauf lenken, dass die von den Republiken eingebrachten Vorschläge kein neues Dokument sind, sondern ein Mittel, die Ukraine zur Umsetzung bereits vereinbarter Maßnahmen zurückzubringen und deren effektive Umsetzung zu gewährleisten. Seit anderthalb Monaten haben die bewaffneten Formationen der Ukraine das Territorium der Republik etwa 200 Mal beschossen. Unterschiedlich schwer verletzt wurden vier Zivilisten, es wurden vier Objekte der Infrastruktur und mehr als 50 Wohnhäuser beschädigt. Zum ersten Mal seit Mai 2018 haben die BFU am 4. März Mehrfachraketenwerfer eingesetzt. Die ukrainischen Truppen führen am Boden Beschießungen durch, in den ukrainischen Medien wird eine ganze Kampagne zur Eskalation durchgeführt und die Vertreter der ukrainischen Delegation ignorieren weiter alle unsere Vorschläge.

Eine weitere Ausrede der ukrainischen Seite, um keine konstruktiven Verhandlungen zur Sache durchzuführen, ist die Erwartung irgendwelcher Aktivitäten, Vorschläge aus Moskau. Wenn man berücksichtigt, dass die RF mehrfach in Unterstützung all unserer Vorschläge aufgetreten ist, darunter auch zu den Maßnahmen, sind solche Erwartungen mindestens unlogisch.

Weil die Vertreter der Ukraine sich jedem Dialog mit uns während der regulären Sitzung der Arbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit verweigert, meinen wir, dass die sogenannte „Einberufung“ einer außerplanmäßigen Sitzung der Arbeitsgruppe zwei Tage nach einer Sitzung, um gerade erst stattgefundene „Erörterungen“ zu wiederholen, eine gewöhnliche PR-Aktion des Kiewer Teams ist, um ein weiteres Mal zu versuchen, das Auditorium von ihrer Friedensliebe zu überzeugen und dabei den Beschuss fortzusetzen. Tatsächlich ist es für die ukrainische Seite recht einfach, zur Umsetzung der am 22. Juli 2020 vereinbarten Maßnahmen mit ausnahmslos allen Punkten zurückzukehren. Aber wenn dafür für sie eine Detaillierung der Maßnahmen notwendig ist – sie liegt schon lange bei ihnen auf dem Tisch.

de.rt.com: Nach dem "Killer"-Gate: Moskau entsendet nur Junior-Diplomatin zum virtuellen UN-Gipfel mit Biden

Die diplomatischen Spannungen zwischen Moskau und Washington, D.C. verschärfen sich. Russland war die einzige Nation, die nicht ihren ranghöchsten UN-Vertreter zum Videogipfel mit US-Präsident Joe Biden entsandte. Moskau schickte eine Nachwuchs-Diplomatin. US-Präsident Joe Biden scheint die überraschende Einladung seines russischen Amtskollegen Wladimir Putin zu einer öffentlichen Live-Debatte abgelehnt zu haben. Die Pressesprecherin des Weißen Hauses behauptete, Biden sei mit anderen Dingen "ziemlich beschäftigt". Damit dürften die diplomatischen Spannungen zwischen Moskau und Washington keineswegs aus der Welt sein.

Der US-Präsident Biden bat die ständigen Vertreter des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, in dem Russland wie alle Großmächte ein Ständiges Mitglied ist, zu einer virtuellen Diskussion über das "Engagement seines Landes für eine wertebasierte globale Führung".

Dabei forderte der US-Präsident zugleich insbesondere um Maßnahmen bezüglich der Krisen in mehreren Regionen auf der ganzen Welt, darunter Myanmar, Äthiopien, Syrien und Jemen. Dmitri Poljanski, erster Stellvertreter des russischen UN-Botschafters Wassili Nebensja, bestätigte am Freitag, dass keiner von beiden das Treffen besucht hatte. Stattdessen habe Anna Jewstignejewa, eine jüngere Diplomatin unter seinen drei Stellvertretern, an den Gesprächen teilgenommen. Sie machte den Berichten zufolge keine Anmerkungen.

RIA Nowosti berichtet, dass Russlands diplomatische Vertretung bei der UNO die einzige Nation war, die nicht ihren Spitzendiplomaten zur Konferenzschaltung mit dem US-amerikanischen Präsidenten schickte.

Die Entscheidung traf mitten in die Phase eines denkwürdigen Schlagabtausches zwischen Biden und seinem russischen Amtskollegen. In einem brisanten Interview mit ABC am Beginn dieser Woche war Biden gefragt worden, ob er Putin für einen Mörder halte. "Das tue ich", antwortete Biden kurz und bündig.

Am Donnerstag antwortete der russische Präsident, dass die Beurteilung anderer Länder oft "wie der Blick in einen Spiegel" sein könne. "Als ich ein Kind war und wir uns auf dem Spielplatz stritten, sagten wir immer: 'Was immer du [über andere] sagst, ist das, was du selbst bist'", sagte Putin.

Neue Sanktionen wegen Wahlbeeinflussung

Es wird erwartet, dass die USA bereits in der nächsten Woche neue Sanktionen gegen Russland verhängen wollen, als Reaktion auf die lancierten Behauptungen, Moskau hätte angeblich versucht, den Ausgang der Präsidentschaftswahl 2020 zu beeinflussen. Ein aktueller gemeinsamer Bericht von US-Geheimdiensten argumentiert, dass ein Netzwerk von russischen Akteuren hätte mit dem Ziel gearbeitet, "Präsident Bidens Kandidatur und die Demokratische Partei zu verunglimpfen, den ehemaligen Präsidenten Trump zu unterstützen, das öffentliche Vertrauen in den Wahlprozess zu untergraben und die gesellschaftspolitischen Spaltungen in den USA zu verschärfen".

Am Mittwoch dementierte Putins Sprecher Dmitri Peskow die Behauptungen und betonte, dass "Russland nichts mit irgendwelchen Kampagnen gegen einen der Kandidaten zu tun hat. In dieser Hinsicht betrachten wir diesen Bericht als falsch". Stattdessen, so argumentierte er, würden diese Behauptungen nur als Vorwand verwendet, um neue Sanktionen zu verhängen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/60548491b480cc2cb51c4661.jpg>

Dan-news.info: Die staatlich finanzierten Studienplätze werden vor allem im Bereich der Medizin, der Pädagogik und des Bauwesens zunehmen, weil es genau dort ein ernsthaftes Defizit an Kadern gibt, teilte der stellvertretende Vorsitzende der Regierung der DVR Wladimir Antonow mit.

Besondere Aufmerksamkeit wird auch den Facharbeiterberufen gewidmet, bei denen die Zahl der staatlich finanzierten Ausbildungsplätze jedes Jahr vergrößert wird.

Die Republik braucht initiative, energische und qualifizierte Spezialisten, die helfen alle Bereich der Ökonomie des Staates zu entwickeln.

snanews.de: **Nach US-Drohungen gegen Nord Stream 2: Deutschland lehnt extraterritoriale Sanktionen ab**

Der Sprecher der deutschen Bundesregierung, Steffen Seibert, und die Vertreterin des Auswärtigen Amtes, Maria Adebahr, haben bei einer Pressekonferenz am Freitag die von den USA im Zusammenhang mit der deutsch-russischen Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 angedrohten Sanktionen kommentiert.

Laut Seibert wies Deutschland schon zuvor gegenüber den Vereinigten Staaten auf seine Ablehnung extraterritorialer Sanktionen hin.

„Unsere Haltung ist da unverändert. Wir sehen extraterritoriale Sanktionen, wie sie von den USA im Zusammenhang mit Nord Stream 2 angedroht und verhängt werden. Die lehnen wir ab, und das haben wir gegenüber der US-Administration zur Sprache gebracht und werden es auch weiterhin tun“, so der Regierungssprecher.

...

Adebahr weigerte sich, Presseberichte über einen angeblichen Vorschlag zu kommentieren, den Berlin an die neue US-Regierung gemacht haben soll. Zuvor schrieb das „Handelsblatt“, dass Deutschland vorgeschlagen habe, die Ukraine stärker zu unterstützen. Als Gegenzug erwarte man den Verzicht auf Nord-Stream-2-Sanktionen der USA.

„Unsere Haltung zu Nord Stream 2 ist bekannt“, betonte die Außenamtsprecherin. „Natürlich haben wir die Presseerklärung des State Departements vom Außenminister (Antony – Anm. d. Red.) Blinken gestern zur Kenntnis genommen und es ist auch genauso bekannt, dass dort unterschiedliche Ansätze und Positionen bestehen. Auch unsere ablehnende Haltung zu extraterritorialen Sanktionen ist bekannt.“

Der US-Außenminister Antony Blinken hatte am Donnerstag Unternehmen zum Ausstieg aus dem Bau der deutsch-russischen Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 aufgefordert und mit neuen Sanktionen gedroht. Das Ministerium bekräftigte seine Warnung, dass „jedes Unternehmen, das an der Nord-Stream-2-Pipeline beteiligt ist, US-Sanktionen riskiert und die Arbeit an der Pipeline sofort einstellen sollte“, hieß es.

Das Projekt Nord Stream 2 umfasst den Bau von zwei Strängen einer Gaspipeline mit einer Gesamtleistung von 55 Milliarden Kubikmetern pro Jahr, die von Russland über die Ostsee nach Deutschland transportiert werden sollen. Die Gaspipeline ist bereits zu mehr als 90 Prozent fertig.

Die Bauarbeiten an der 1200 Kilometer langen Pipeline durch die Ostsee waren im Dezember in deutschen Gewässern wieder aufgenommen worden, nachdem sie wegen US-Sanktionen fast ein Jahr lang unterbrochen waren.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/02/11/940529_0:15:3160:1793_1440x0_80_0_0_96af78efde16f567f5a9ce2fc56531b9.jpg

Dan-news.info: In diesem Frühjahr sind in Donezk vom 22. März bis 16. Mai 2021 unter Heranziehung von Unternehmen, Organisation und Einrichtungen aller Eigentumsformen die Gebiete von Parks und Plätzen auf einer Fläche von 418 Hektar zu säubern und mehr als 306.000 Pflanzen zu setzen, teilt die Stadtverwaltung von Donezk mit. Es handelt sich um 1089 Bäume, 2695 Sträucher, 303.214 Blumen, darunter Rosen. Blumenbeete werden auf einer Fläche von 148.000 Quadratmetern angelegt.

Geplant ist auch die Säuberung des Geländes an Häusern, Straßen und Bürgersteigen auf einer Fläche von insgesamt 3350 Hektar, die Beseitigung von Müll und illegalen Müllkippen, die anstehende Reparatur von Straßen, Denkmäler sollen in Ordnung gebracht werden usw.

de.rt.com: **"Die USA hören nie auf, uns durch die Absurdität ihrer Aussagen zu überraschen" – Sacharowa**

Am Donnerstag hielt die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, ihr wöchentliches Briefing in Moskau. Sie äußerte sich zu den aktuellen Beziehungen der russischen Regierung mit den USA.

Sacharowa bezeichnete die Vorwürfe der russischen Einmischung in die US-Präsidentschaftswahl als "absurd". "Die aktuelle US-Regierung hört nie auf, uns durch die Absurdität ihrer öffentlichen Aussagen zu überraschen. Dazu gehören nicht nur unverschämte Angriffe auf die russische Führung, sondern auch absurde Anschuldigungen der Einmischung in die Präsidentschaftswahlen des letzten Jahres, die – ich erinnere Sie – von Biden gewonnen wurden", kommentierte sie. Laut Sacharowa haben die Beziehungen zwischen Moskau und Washington eine Sackgasse erreicht. "Leider lassen sich die USA weiterhin von ihren eigenen Illusionen leiten und versuchen, eine völlig sinnlose Kampagne russophober Angriffe zu fördern. Somit treiben sie sich selbst in eine Sackgasse. Das fördert nur eines – die weitere Verschlechterung der bilateralen Beziehungen, was den grundlegenden Interessen des russischen und des amerikanischen Volkes widerspricht", so die Sprecherin des russischen Außenministeriums.